Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Schwache Erholung

Mit einem BIP-Wachstum um 2,7 % ist Deutschland 2021 deutlich unter den Anfang des Jahres veröffentlichten Prognosen geblieben. Damit konnte der pandemiebedingte Einbruch um 4,6 % in 2020 im vergangenen Jahr nicht ausgeglichen werden. Sorge bereitet die Tatsache, dass die Wirtschaft im vierten Quartal mit einem Minus von 0,5 bis 1,0 % erneut auf Schrumpfkurs gegangen ist. Dieser rezessive Trend dürfte in den nächsten Monaten anhalten. Bemerkenswerterweise hinkte die Bundesrepublik beim Wachstum anderen europäischen Industrienationen weit hinterher. So haben Frankreich (+6,5 %) und Italien (+6,2 %) 2021 mehr als doppelt so stark zugelegt wie die Bundesrepublik. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Länder wesentlich massiver von der Rezession in 2020 betroffen waren. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass Frankreich und Großbritannien ihr konjunkturelles Vorkrisenniveau schon im vergangenen Jahr wieder erreicht haben. Dass Deutschland noch nicht so weit ist, liegt nach ifo-Analyse am verarbeitenden Gewerbe. Die deutsche Industrie leide stärker unter den Lieferketten-Problemen. Außerdem sei der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP mit rund 20 % doppelt so groß wie in Großbritannien und Frankreich.

Kein „Post-Corona-Boom"

Offenbar braucht Deutschland mehr Zeit als andere Länder, um die wirtschaftlichen Folgen von Corona zu überwinden. Nicht absehbar ist derzeit das Ausmaß der von der Politik für notwendig gehaltenen Omikron-Beschränkungen. Selbst bei einem „Lockdown light" würde das BIP in diesem Jahr – nach Einschätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft – um bis zu 50 Mrd. Euro niedriger ausfallen als in „normalen" Zeiten. Als zweite erhebliche Belastung wirkt das anhaltende Problem der Lieferengpässe. Trotz oft voller Auftragsbücher stellt sich der BDI auf ein „Stop-and-go-Jahr" ein. Zahlreiche Unternehmen der Automobil-, Elektro- und Maschinenbauindustrie leiden unter bedrohlichen Lieferengpässen, die sich als Umsatzbremse erweisen. Der BDI schätzt den Verlust der industriellen Wertschöpfung für 2021 und 2022 auf jeweils über 50 Mrd. Euro. Nach Meinung des Verbands wird der Mangel an Mikrochips, Bauteilen und Rohstoffen die Produktion noch längere Zeit einschränken. Gleichwohl blicke man „mit verhaltener Zuversicht" auf die wirtschaftliche Erholung. Der BDI erwartet für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum um 3,5 % und einen Anstieg des Exports um 4 %. Die Industrieproduktion soll um 4,5 % zulegen. Damit läge das Produktionsniveau allerdings immer noch rund 6 % unter dem Level von 2018, weil die Produktion schon 2019, also vor Corona, rückläufig gewesen sei. Selten sei ein Jahresausblick mit soviel Unsicherheit behaftet worden. Der erhoffte „Post-Corona-Boom" bleibe aus. Die konjunkturelle Erholung werde sich bestenfalls bis zum Sommer hinauszögern.

Firmen in Not

Fast jedes siebte Unternehmen in Deutschland sieht sich durch die Folgen der Pandemie in seiner Existenz bedroht. Das hat eine im Dezember 2021 durchgeführte ifo-Umfrage ergeben. Der Anteil ist im Vergleich zur letzten Erhebung im Juni 2021 unverändert hoch geblieben. Die höchste Bedrohung empfindet der Dienstleistungsbereich. Am stärksten gefährdet sehen sich Reisebüros und -veranstalter mit 73,2 % und die Veranstaltungsbranche mit 67,4 %. Im verarbeitenden Gewerbe liegt der Durchschnittswert bei 5,7 %. Aber auch hier sieht jeder fünfte Hersteller von Bekleidung und Druckerzeugnissen schwarz für seine betriebliche Zukunft. Gleichwohl ist die befürchtete Insolvenzwelle bisher in Deutschland ausgeblieben, was vor allem auf die Verfügbarkeit von staatlichen Überbrückungshilfen für notleidende Unternehmen zurückzuführen sein dürfte. Sollte dieses Hilfsprogramm – wie vom Bundesfinanzminister angekündigt – schon bald auslaufen, könnte sich dies 2022 in einer heftigen Pleitewelle entladen.

Inflation ante portas

Die deutsche Inflationsrate lag 2021 im Jahresdurchschnitt bei 3,1 %. Einen stärkeren Preisanstieg hat es zuletzt 1993 mit damals 4,5 % gegeben. Als besorgniserregend erweist sich der stark steigende Trend im Jahresverlauf. So lag die Geldentwertung im Dezember 2021 5,3 % höher als im Vorjahresmonat. Auch im Euro-Raum ist die Inflation im Dezember mit durchschnittlich 5,0 % auf ein Rekordhoch gestiegen, was der höchsten Teuerungsrate seit der Euro-Einführung entspricht. Damit bewegt sich Deutschland bei der Geldentwertung derzeit im oberen Mittelfeld der Euro-Länder. Für das laufende Jahr rechnen die Ökonomen mit einer Fortsetzung der Inflation oberhalb der 3%-Marke. Die Prognosen der Forschungsinstitute liegen zwischen 3,1 und 3,3 %, also fast auf Höhe der erwarteten BIP-Zuwächse. Die Deutsche Bundesbank rechnet sogar mit 3,6 %. Selbst die für ihre politischen Beschwichtigungsversuche bekannte EZB erwartet mittlerweile für den Euro-Raum in 2022 eine Aufweichung der Gemeinschaftswährung um 3,2 %.

„Lohn-Preis-Spirale"

Wesentlich weniger entspannt sieht der Ökonom Hans-Werner Sinn die aktuelle Entwicklung. Er fordert die Bundesregierung in einem Interview zur Intervention bei der EZB auf. Das „Feuer der Inflation" müsse man sofort austreten. Die Pläne der neuen Bundesregierung für Mindestlohn und Energiewende seien geeignet, die Preisspirale weiter zu beschleunigen. Der frühere ifo-Chef warnt vor einer langanhaltenden Inflationswelle. Noch stecke Deutschland in der ersten Welle, die zwar ein wenig abklingen werde, aber auch Ausgangspunkt für die zweite Welle sein werde.